



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wochenbetrachtungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wochenbetrachtung.

Die Wellen unserer Wahlbewegung heben sich ein wenig höher, gedruckte Wahlreden flattern in die Häuser der Wähler, Wahlcomités entwickeln sehr erfreuliche Thätigkeit und trotzartige Cassallianer stören die Wahlversammlungen durch Geschrei und wüthes Gebahren. — Aber der Deutsche ist im Jahr 1867 gleichgiltiger geworden gegen Spectakel und anzügliche Inserate in den Tagesblättern, und in unserem Volke lebt ein Sinn für Anstand und für Billigkeit, welche auch dem Gegner gerecht werden möchte. Das schließt die Frage nicht aus, ob es zeitgemäß war, die sociale Bewegung in die politische hereinzutragen.

Unter den Aufgaben, welche den Mitgliedern des Reichstages gestellt werden, muß auch der Antrag auf Einführung einer gleichmäßigen Wahlordnung sein. Die jetzt von den einzelnen Staaten im Verordnungswege publicirten sind so verschieden als möglich, zum Theil sehr künstlich ausgedacht. In Preußen z. B. vertheilen die Parteien gedruckte Stimmzettel und die Urnen, in welche die Zettel geworfen werden, sind zahlreich und bequem auch für die Landbewohner, in Sachsen muß der Wähler seinen Stimmzettel vom Wahlcommissar abholen und dabei seine Berechtigung prüfen lassen, und er muß den Zettel beschrieben zur Wahlurne tragen, natürlich wieder unter Prüfung seiner Berechtigung. Der Wähler hat also gerade die doppelte Mühe und Versäumniß.

Es ist noch vergeblich, über die Resultate der Wahl Behauptungen aufzustellen, unter den Candidaten sehen wir manchen neuen Namen, Gelehrte, höhere Beamte, welche durch anderweitige Thätigkeit der Nation bekannt sind; freilich wird der Reichstag, der nicht ganz 300 Mitglieder zählt, auch manches bewährte politische Talent entbehren müssen. Aber wahrscheinlich ist doch, daß der Verfassungsentwurf bei mehr als zwei Dritttheilen der Gewählten guten Willen und warme patriotische Unterstützung finden wird; auch unter den Separatisten wird voraussichtlich ein Theil nicht den Muth haben, eine geschlossene principielle Opposition zu bilden. Von dem Zahlenverhältniß zwischen preussischen Conservativen und den Liberalen im Reichstage mag zum Theil abhängen, wie weit Rechte und Befugnisse des Reichstages ausgedehnt werden oder nicht.

Eine andere Frage, noch wenig erhoben, und doch die verhängnißvollste von allen, wäre die: Ist es denn überhaupt im Interesse nationaler Entwicklung, den Reichstag so hoch zu stellen, daß er den preussischen Landtag überwächst? Ist es für Preußen und Deutschland ein Glück, wenn er an Stelle des preussischen Landtages Mittelpunkt der gesetzgeberischen Intelligenz und der politischen Thatkraft unserer Nation wird? Der wäre ein weiser Mann, der schon jetzt be-

friedigende Antwort auf diese Frage geben könnte. Und doch ist die Antwort nur zu geringem Theil abhängig von den Einzelbestimmungen der Bundesverfassung, welche jetzt Graf Bismarck mit Gesandten der Bundesstaaten beräth. Denn die Verfassung kann geändert werden, und selbst ein zu enge geschnittenes Maß ihrer Rechte würde die Bedeutung der neuen Reichsversammlung nicht vernichten, im Fall diese nämlich wirklich den bestehenden Lebensinteressen der Nation am besten entspricht. Es ist diese Frage auch gar nicht von einem Parteistandpunkt zu beantworten; denn grade die preussischen Conservativen können es in Kurzem ebensowohl für nothwendig halten, sich hinter die Rechte der preussischen Verfassung des Herrenhauses zu verschanzen, als von anderem Standpunkt die entschiedensten Mitglieder der preussischen Fortschrittspartei.

Im letzten Grunde ist die Vorfrage, von deren Beantwortung alles abhängt, etwa folgende: Sind wir Deutsche nach den Ereignissen und Friedensschlüssen von 1866 so weit fortgeschritten, daß wir die zur Zeit bewahrten oder wieder eingesetzten souverainen Landesregierungen jetzt durch den Zwang der Thatsachen und die friedliche Arbeit nationaler Interessen zu überwinden und eine einheitliche Organisation des gesammten Staatsbaus herzustellen vermögen; und ferner: hat Preußen die innere Kraft, auf jedem Gebiete des Staatslebens diese Oberleitung auf sich zu nehmen?

Das neue Bundesproject des Grafen Bismarck, dessen Grundzüge im Juni 1866 veröffentlicht wurden, das jetzt in dem Bundesentwurf Modificationen und weitere Ausbildung erhalten hat, schafft für das Verkehrsleben aller Deutschen bis zum Main thatsächlich eine politische Einheit, ebenso eine völlige Einheit für die Flotte und, in der Hauptsache, obgleich nicht ebenso consequent, Einheit für das Heerwesen. Es stellt ferner die großen Verkehrsanstalten unter einheitliche Oberaufsicht, es gründet für Zölle und für die großen Verbrauchssteuern eine Centralkasse und verheißt der Nation Einheit im Civilproceß und der bürgerlichen Rechtspflege. Daneben bleiben andere Majestäts- und Hoheitsrechte der Landesherren bestehen, ihnen bleibt die diplomatische Vertretung im Ausland, die Gnadensachen und Ehrenverleihungen, die innere Verwaltung, Landescultur und Unterrichtswesen, die directen Steuern und einige indirecte. Auch über das Verhältniß der Heertheile zu dem preussischen Heere sollen, wie unzweifelhaft geworden ist, besondere Verträge der souveränen Regierungen, welche den einzelnen Landesherren größere oder geringere Machtbefugnisse über ihr Heer lassen, neben dem Grundgesetz des Bundes die rechtliche Basis der neuen Heeresorganisation werden. Während auf diese Art in einzelnen wichtigen Dingen thatsächlich ein einheitlicher Staat hergestellt wird, ist in anderen bestehenden Verhältnissen reichliche Rechnung getragen und die Freiheit der einzelnen Theile bewahrt, wo die Beschränkung nicht durch die Bedürfnisse der Gegenwart geboten schien. Diesem neuen Bau kann man leicht Mangel an

Consequenz und innere Widersprüche nachweisen; was dem Systematiker daran mißfallen wird, mag grade dem praktischen Mann behagen. Voraussetzung für die Realisirung desselben ist immer ein Preußen, welches seine Uebermacht sicher und schonend gebraucht, und ein Staatsmann darin, der seinem Geschick vertraut, daß er in jeder Stunde, wo eine Aenderung nöthig wird, um die nächstliegenden Auskunfts Mittel nicht verlegen sein werde. Denn es ist klar, daß die Competenz des Bundespräsidiums sowohl als speciell des Reichstages für irgendeine naheliegende große Frage nicht ausreichen werden. Es mag z. B. in der nächsten Zukunft unvermeidlich werden, daß der Bund gegenüber dem Papst, der katholischen Kirche und den geistlichen Genossenschaften einheitliche Stellung nehme. Das wäre zur Zeit nach der neuen Verfassung nicht möglich. Es liegt also im Wesen dieses Bundes, daß er sich bei neu entstehenden Bedürfnissen enger ziehe und daß der Centralregierung und dem Reichstag allmählig auch andere gemeinsame Interessen der Nation, welche jetzt nicht zu ihrer Competenz gehören, untergestellt werden. Der Zug der großen Interessen wird ganz sicher in vieler Richtung nach dem Einheitsstaat gehen.

Andererseits hat man seit dem August v. J. wieder preußischer Seits Manches gethan und zugelassen, was dem Familieninteresse einzelner erlauchter Häuser und dem Separatismus der Landschaften günstig ist. Man wollte schonen und versöhnen, vor Europa den Beweis führen, daß man nicht unerfättlich sei, und man trug persönlichen Einflüssen mehrfach Rechnung. In den annectirten Ländern aber, wie bei den Bundesgenossen erhob sich in der Bevölkerung der Ruf: Schonung der heimischen Einrichtungen, zum Theil, weil man die preußischen Abgaben fürchtete, nicht weniger, weil man sich mit Recht bewußt war, daß man in Kirche, Schule und Volksbildung, in einzelnen Landesculturen, z. B. in Forsten, ja sogar in der gesetzlichen Freiheit der Bürger und im Rechtsverfahren den Preußen voraus war. Fast in jeder Wahlrede verspricht der Candidat für Schonung werther landschaftlicher Einrichtungen Sorge zu tragen und die Borussiafizierung davon fern zu halten. Auch diese Strömung im Volke, welche fast überall jenseit der alten Grenzen Preußens zu Tage kam, empfiehlt als Rücksicht, nur das im Augenblick Nothwendige zu centralisiren. Sieht man freilich näher zu, so ist diese locale Besorgniß der Bevölkerung, Heimisches zu verlieren, nicht überall bedenklich und nicht überall unverständlich. Daß man größere Lasten von sich fernhalten möchte, ist sehr menschlich, und seit es Wähler und Gewählte giebt, war das nicht anders; in Geldsachen ist das zwingende Bedürfniß des Staates immer zuerst als Härte empfunden worden. Auch das Festhalten am heimischen Recht, der Hannoveraner an ihrem Civilproceß, der Hessen an dem verfassungsmäßigen Recht ihrer Richter, über die Gesetzlichkeit jeder landesherrlichen Verordnung zu entscheiden, können wir nicht tadeln, denn dort war nach der erwähnten Richtung bereits Ansaß zu einer höheren Ent-

wickelung vorhanden, als Preußen ihnen gegenwärtig zu bieten vermag, und Einzelnes, was sie verlieren, ist besser, als was sie erhalten. Im Ganzen ist der Particularismus der Bevölkerung nur in einigen Landschaften der Niedersachsen dem neuen Staat principiell feindlich, dagegen nicht in Sachsen und Thüringen, nicht in Oldenburg und Braunschweig. Und dieser Particularismus schwindet vor Belehrung und Erfahrung. Aber der stille Widerstand der Regierenden, der Fürsten oder ihres Adels, wird nicht schwinden. Nach dieser Rücksicht wird stete Vorsicht nöthig sein, und der Reichstag wird vier mehrfach Gelegenheit haben, dem Bundespräsidium die gehobenen Arme zu stützen. Zumeist dadurch, daß er dahin drängt, den deutschen Fürsten im neuen Staat eine Stellung zu geben, welche ihnen einen höheren und patriotischeren Ehrgeiz möglich macht, als den, alte Rechte gegen eine stärkere Strömung zu vertheidigen.

Auf die neue Bildung also, welche jetzt erstrebt wird, paßt im Grunde weder der Name Bundesstaat, wie er bisher in Deutschland galt, selbst nicht, wie er seit 1848 in der Schweiz verstanden wird, noch der Name Einheitstaat. Was unsere Abgeordneten durch ihre Kranzreden weihen sollen, ist ein Ding für sich, halb Einheit, halb souveraine Vieltheiligkeit.

Uns bedünkt dies kein Unglück. Und es ist wohl schon jetzt erlaubt zu vermuthen, daß ein großer innerer Fortschritt zu engerer Vereinigung in einer Zeit erfolgen wird, wo in Preußen selbst die innere Verwaltung, Gemeinde- und Kreisverfassung, Schule und Lehre von dem Druck befreit sein werden, den bis jetzt das System auf diese großen Gebiete gelegt hat. Bis dahin erachten wir als besonderen Vorzug des neuen Staats, daß er eine Uniformität nach diesen Richtungen völlig abbält. Die Abgeordneten, welche jetzt gewählt werden, sollen an einem großen Werke helfen. Aber während sie eifrig und pflichtvoll bauen, sollen sie auch denken, daß den Späteren etwas zu thun übrig bleiben muß.

Literatur.

Deutsche Dichter des sechzehnten Jahrhunderts. Mit Einleitungen und Worterklärungen. Herausgegeben von Karl Goedeke und Julius Tittmann. Erster Band: Liederbuch aus dem sechzehnten Jahrhundert. Leipzig, Brockhaus.

Einzeln Ausgaben deutscher Autoren der früheren Jahrhunderte sind in den letzten Jahren mit solchem Geschmac ausgestattet erschienen, daß manche unserer modernen Classiker und solche, die es werden wollen, vergeblich in ähnlicher Ausstattung „aufgelegt“ zu werden wünschen. Auch das „Liederbuch aus dem sechzehnten Jahrhundert“, als erster Band einer größeren Sammlung „deutsche Dichter des sechzehnten Jahrhunderts“ vor kurzem ausgegeben, schließt sich in seiner Ausstattung früher Erschienenem würdig an; in seinem Plane aber der seit zwei Jahren erscheinenden